FREITAG, 4. MAI 2012 NR. 18 54. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

0,148% = CO_2

Anteil der Schweiz am Welt-CO_2. Mit 20% "Reduktionsziel" wären wir dann bei 0,118%. Und dafür Hunderte Millionen CHF an neuen Steuern und Abgaben? Sind wir denn total gaga? Bei der Jahrhundertlüge Waldsterben rastete nur die Schweiz aus, bei der CO_2-Lüge nun immerhin die *classe politique* der EU. Die hat offenbar keine anderen Probleme. Lassen wir uns nicht wieder zum Narren halten! Alle wollen nur an unser Geld. Daher: NEIN zur CO_2-Lüge!

BÜRGER-AKTION

Bürgeraktion, 8700 Küsnacht
PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-NR

EIN BERICHT AUS DEM EUROPARAT

Die Schande von Strassburg

An der Session des Europarates von letzter Woche in Strassburg wurde eine Resolution verabschiedet, welche einen verstärkten Kampf gegen Steuerflucht und Steuerbetrug in sogenannten «Steuerparadiesen» fordert. Dabei wurde hauptsächlich die Schweiz angeprangert.

NATIONALRAT
ALFRED HEER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP KT. ZÜRICH

Letzte Woche fand die einwöchige Session des Europarates in Strassburg statt. Pro Memoria: Der Europarat besteht aus 47 europäischen Mitgliedsländern und sollte sich für Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie einsetzen.

Dazu kann der Europarat, welcher die Funktion eines Parlamentes hat, Resolutionen verabschieden. Diese sind für die Mitgliedsländer allerdings nicht verbindlich. Lediglich die Europäische Menschenrechtskonvention ist für die Mitgliedsländer verbindlich. Diese kommt vor allem bei Klagen beim Gerichtshof für Menschenrechte zur Anwendung.

Die maroden EURO-Länder suchen Sündenböcke für ihr Versagen.

Der Europarat besteht aus 318 Mitgliedern, welche sich mit allerlei Fragen beschäftigen, mit welchen sich auch die UNO oder die EU selber beschäftigt. Im Zuge der Finanzkrise ist nun eine grosse Mehrheit des Europarates – angeführt von einem belgischen Sozialisten – dazu übergangen, sogenannte Steueroasen und das Bankgeheimnis zu thematisieren.

Die Absicht ist klar. Die maroden EURO-Länder suchen Sündenböcke für ihr Versagen. Die gleichen Europaräte aus den konkursiten Staaten sitzen bekanntlich auch in den nationalen Parlamenten.

Was lag da näher, als eine Resolution zu verabschieden, welche in erster Linie die Schweiz als Spitzenreiter bei der angeblichen Kapitalflucht anprangert. Das Bankgeheimnis wurde dabei speziell thematisiert und der Europarat forderte in der Resolution den automatischen Datenaustausch.

Der gleiche Europarat, welcher sich angeblich für die Menschenrechte einsetzt, will also 800 Millionen europäische Bürger flächendeckend bespitzeln und Auskunft über sämtliche Banktransfers einsehen können.

Mehr Demokratie statt internationaler Schnüffelstaat

An der Türe des Europarates steht «House of Democracy». Auf meine Einwände in der Debatte, dass die Schweiz das einzige Land in Europa und vermutlich der Welt ist, wo die Steuersätze auf allen Staatsebenen, von der Gemeinde über den Kanton zum Bund, vom Volk abgesegnet werden, wurde schon gar nicht eingegangen.

Die Profipolitiker aus dem Ausland wissen haargenau, dass sie alleine an dem Schlammassel der Staatsverschuldungen die Schuld tragen. Nun sucht man Sündenböcke wie die Schweiz, Monaco oder Luxemburg.

Anstatt exorbitante Steuern zu erheben – der sozialistische Kandidat für die Präsidentschaft in Frankreich fordert 75 Prozent Einkommenssteuern auf hohen Einkommen – sollten sie die Bevölkerung anständig besteuern. Anstatt 20 Prozent Mehrwertsteuer beim einfachen Bürger abzuziehen, sollten sie endlich die Steuersätze reduzieren.

Wir sind an der Wegscheide zwischen Widerstand und Anpassung.

Schweiz als Beispiel einer direkten Demokratie

Anstatt die Schweiz zu verurteilen, sollten sich europäische Politiker ein Beispiel daran nehmen, dass direkte Demokratie, Föderalismus und Steuerwettbewerb zu Wohlstand und Beschäftigung führen.

Wäre das Bankgeheimnis dazu da, Steuern zu hinterziehen, müssten die Bewohner der Schweiz ja die grössten Steuerhinterzieher und Betrüger sein. Das Gegenteil ist der Fall. Vermutlich nicht, weil wir ehrlicher sind als andere Europäer, sondern weil wir über die Höhe der Steuern bestimmen können und diese Höhe noch einigermassen vernünftig ist.

Sozialist Andy Gross am Kesseltreiben gegen Schweiz beteiligt

Der Sozialist Andy Gross aus dem Kanton Zürich stand als Fraktionschef der Sozialisten im Europarat auf und redete Feuer und Flamme für diese Resolution, welche die Schweiz an den Pranger stellt. Andy Gross ist das Musterbeispiel der jahrelang geübten SP-Politik im Ausland.

Die Reisen der Sozialdemokraten nach Brüssel, um gegen das Bankgeheimnis und den Finanzplatz Schweiz zu hetzen, sind bekannt. Heute scheuen sich die Sozis offensichtlich nicht einmal mehr davor, im Europarat offen das Wort gegen die Schweiz zu ergreifen. Wir dürfen uns also nicht wundern, wenn der Finanzplatz zunehmend unter Druck gerät. Die Sozis, welche nur das Geld der anderen umverteilen können, sollten sich fragen, was sie in Zukunft umverteilen möchten, wenn der Finanzplatz Tausende von Arbeitsplätzen und Hunderte von Millionen an Steuern verliert.

Einziger Lichtblick – bürgerliche Allianz im Europarat

Der einzige Lichtblick in der Debatte war die Tatsache, dass die beiden CVP-Vertreter im Europarat gegen die Resolution ausgesprochen und gestimmt haben. Natürlich auch SVP-Vertreter Maximillian Reimann und meine Wenigkeit. Sogar der Grüne Ständerat Luc Recordon hat sich dagegen gesprochen und nicht für die Resolution gestimmt.

Die SVP hat die Aufgabe, für Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen.

Unabhängigkeit oder EU-Beitritt

Die Schweiz ist momentan an der Wegscheide zwischen Widerstand und Anpassung. Der Bundesrat hat die Kraft nicht mehr, die Schweiz zu verteidigen.

Mit den Steuerabkommen mit Deutschland und England, welche faktisch einer Kapitulationserklärung gleichkommen, können wir unseren Wohlstand vergessen.

Es ist klar, dass mit dem Verhalten der Schweizer Sozialisten, welche die Schweiz und damit letztendlich auch direktdemokratisch getroffene Entscheidungen im Ausland schlecht machen, die Lage für die Regierung nicht einfacher wird. Dies ist der wahre Skandal, welcher von den willfährigen Mainstream-Medien nicht etwa als Eklat, sondern als notwendige Anpassung an die EU betrachtet wird.

Wenn die Rechnung für diese selbstzerstörerische Politik, welche vom Volk bezahlt werden muss, präsentiert wird, wird es leider zu spät sein. Die SVP hat jetzt eine entscheidende Aufgabe: Widerstand zu leisten und für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Schweiz zu kämpfen.

Rettet unser Schweizer Gold!

Jetzt unterschreiben:

www.goldinitiative.ch

Billiger telefonieren

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 70 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren.

Wir beraten Sie gerne!!

Maschinenring

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

AGRISANO
In Zusammenarbeit mit SBV Versicherungen USP Assurances

Kompetent in Versicherung und Landwirtschaft

Natürlich Gut Versichert

Ihre Regionalstelle
Zürcher Bauernverband
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 50, www.zbv.ch
ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

Ihr Türenspezialist

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Gemischtwarenhändler Christophe Darbellay

VON CHRISTOPH MÖRGELI

CVP-Präsident Christophe Darbellay bringt es weder je zum Regierungsrat noch zum Bundesrat. Die Walliser haben ihn schon einmal verschmäht und würden es noch fünfmal tun. Das Bundesratsmandat dürfte Parteikollegin Doris Leuthard weitere zwanzig Jahre lang versitzen, um dereinst ihren Atomausstieg zu feiern. Und bei der CVP, die 2011 fast jeden fünften Wähler verlor, sucht Darbellay langsam, aber sicher den Abgang. Darum hat der Berufspolitiker beschlossen, künftig wenigstens noch etwas Geld zu verdienen.

Darbellay betätigt sich als Jäger, lieber aber noch als Sammler. Als Sammler von lukrativen Mandaten; neben dem Nationalratsjob und dem Vorsitz des Eidgenössischen Schützenfestes präsidiert er folgende Gremien: Interessengemeinschaft Mineralwasser, Weine Robert Gilliard SA, Car Tourisme Suisse. Ferner ist er Verwaltungsrat der Fotovoltaik EnAlpin SA und der Gastronomie Enclos de Valère. Doch den fettesten Coup hat er eben erst gelandet: Darbellay wird Präsident des Schweizer Casino-Verbands (SCV). Nach dem Motto: Ein C im Namen tönt immer gut. Das Glücksspiel ist staatlich reguliert bis zum Exzess. Und darum besonders filzanfällig. Und darum besonders CVP-kompatibel. Auf den Gipfel des Casino-Verbands wurde Darbellay aber nicht von der schwarzen Madonna getragen. Sondern vom schwarzen Anwalt Benno Schneider (CVP), dem Präsidenten der Spielbankenkommission. Also doch irgendwie von einem Allmächtigen. In CVP-Gebieten fielen die Casino-Konzessionen wie Glückstaler vom Himmel. Etwa in Baden, Luzern, Lugano, St. Gallen. Oder in Pfäffikon SZ, Freiburg, Crans-Montana, Locarno oder Mendrisio. Ein Kaff wie Zürich musste zehn Jahre warten. Nun wird also der oberste Christdemokrat gleichzeitig der oberste Geldspieler. Ein Zocker, der über die Abzocker wettert. Gemischtwarenhändler Darbellay dürfte sich auch über die Diskretion des Casino-Verbands freuen («Das Jahreseinkommen wird nicht kommuniziert»). Denn es steht geschrieben: «Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon» (Matthäus 6, 24). Und dies sagte Papst Benedikt XVI. am katholischen Weltjugendtag: «Das Leben ist kein Glücksspiel.» Für Darbellay aber gibt es keine Widersprüche. Man lese nur sein CVP-Parteiprogramm. Es lässt sich zusammenfassen mit den Worten: «Ich bin nicht krumm, ich bin nicht grad, ich bin ein Christlichdemokrat.»

BERICHT SONDERSESSION

Legislaturplanung? – «L» wie Leerlauf wäre passender

Seit 1968 legt der Bundesrat dem jeweils neu gewählten Parlament mit der Botschaft über die Legislaturplanung seine politische Strategie vor. Das Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz) will es so: «Zu Beginn der Legislaturperiode unterbreitet der Bundesrat der Bundesversammlung eine Botschaft über die Legislaturplanung.» Darin hält er die wichtigsten Ziele und Massnahmen für die neue Legislatur fest. Der Stoff, aus dem diese Planung entwickelt wird, besteht im Wesentlichen aus einer Liste längst bekannter Traktanden, Absichtserklärungen und sonstigen Pendenzen. Das Parlament kann seit dem 1. Dezember 2003 diese Planung abändern und dem Bundesrat konkrete Vorgaben machen.

HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Wozu das alles? Diese Frage stellen sich offenbar nicht nur die Rathausneulinge. Die Legislaturplanung ist laut Bundeskanzlei «ein Dialoginstrument zwischen Bundesrat und Parlament, das frühzeitig zeigen soll, was die Regierung beabsichtigt und wo mit der Unterstützung der beiden Räte gerechnet werden kann, oder inwiefern Blockierungen zu erwarten oder Anpassungen vorzunehmen sind». Zu diesem Zweck trat der Nationalrat am 2. und 3. Mai 2012 zu einer zweitägigen Sondersession zusammen.

Vor epochalen Umwälzungen

Am 25. Januar 2012 hatte die Landesregierung ihr neuestes Planungswerk (Botschaft) samt Zielen bis 2015 mit folgendem Begleittext präsentiert: «Wir sind zurzeit Zeugen epochaler Umwälzungen im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gefüge weltweit wie auch in unserem unmittelbaren Umfeld in Europa, die sich direkt und indirekt auch auf unser Land auswirken. Im Bewusstsein dieser bedeutsamen Veränderungen setzt sich der Bundesrat Leitlinien, um die grossen Herausforderungen, die sich der Schweiz in den kommenden Jahren stellen werden, mit Erfolg zu bewältigen.» Der Bundesrat will den zukünftigen Herausforderungen mit sechs politischen Leitlinien begegnen, die in 26 Ziele und 89 darauf ausgerichtete Massnahmen (Richtliniengeschäfte) unterteilt sind.

In sechs Sitzungstagen (!) hat vorgängig die Legislaturplanungskommission des Nationalrates (LPK-N) unter dem Vorsitz von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL) Anhörungen mit interessierten Personen und Organisationen durchgeführt. Insgesamt waren 179 Anträge zu behandeln. Die Kommission hat mit 11 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen schliesslich eine neue Leitlinie beschlossen, wonach die Schweiz für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau zu sorgen habe, «vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit sowie beim Rentenalter». Die Kommission hat zudem vom Bundesrat vorgeschlagene Ziele und Massnahmen umformuliert oder ergänzt.

Unverbindlicher Kompass

Dass die Zukunft politisch planbar sei, diesen Grundlagenirrtum verbreitet der Bundesrat selber als oberste vollziehende und leitende Behörde mit folgenden Erläuterungen: «Legislaturplanung und Jahresziele informieren das Parlament über die politische Agenda der Regierung. Der Bundesrat wird seine Tätigkeit entsprechend ausrichten und in seinen Jahreszielen jeweils konkretisieren, welche Ziele mit welchen Massnahmen im entsprechenden Jahr erreicht werden sollen. Der Bundesrat behält sich vor, von der Legislaturplanung abzuweichen, wenn unvorhergesehene Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen dies erfordern.» Die Mehrheit der Volksvertreter hat in der Planungsdebatte jedoch bloss eine Statistenrolle. Gemäss eigenem Beschluss (Parlamentsgesetz) wollte sich die Bundesversammlung selber unbedingt mit der bundesrätlichen Arbeitsplanung befassen. Inzwischen hat man genug Erfahrungen damit gesammelt, um zu wissen, dass es in der direkten Demokratie gar nicht viel zu planen gibt. Denn das Stimmvolk bremst (Referendum) und beschleunigt (Initiative) die bundespolitischen Abläufe nach eigenen Kriterien – und die Kantone machen ebenfalls Politik – aufgrund ihrer eigenen Prioritäten.

In keinem Verhältnis zur Wirkung

Zudem, und das ist nicht weiter erstaunlich, kann ein Gremium von 200 (Nationalrat) beziehungsweise 46 Personen (Ständerat) gar nicht in der Lage sein, im öffentlichen Konkurrenzverfahren der Konkordanzparteien etwas zu planen, das schliesslich auch einer Mehrheit passt. Gleichwohl wurde im Nationalrat stundenlang debattiert. Schätzungsweise eine halbe Million Franken Sitzungsgeld hat das Gesamtkunstwerk gekostet, obwohl alle wissen: Mehr als eine Informationsbroschüre wird von dieser Arbeit kaum ins Ratsarchiv eingehen. Das hätte man wahrlich effizienter haben können. Falls es stimmt, dass man durch Schaden klug wird, dann müssten nun Taten folgen. Welche? Am besten würde man die parlamentarische «Mitplanung» ersatzlos streichen und den heute noch zutreffenden «NZZ»-Kommentar zur Premiere von 2004 beherzigen: „Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zur Wirkung."

SVP mit konstruktivem Ansatz

Die SVP-Fraktion hat deshalb die Einreichung einer Parlamentarischen Initiative beschlossen. Begründung: Die Legislaturplanung mache als vierjährlich stattfindendes Ritual in der aktuellen Form wenig Sinn, da der Stellenwert des Instruments heute unklar sei und mit der Legislaturplanung keine Prioritätensetzung und Schwerpunktbildung erfolgen könne. Die SVP fordert, dass der Legislaturplanungsbericht künftig ein Bericht des Bundesrates zu seinen Legislaturzielen sein soll und vom Parlament nur noch zur Kenntnis genommen werde. Zudem sei der Aufbau so anzupassen, dass Prioritäten und Schwerpunkte klar ersichtlich und messbar seien.

ABSTIMMUNGSKAMPF LANCIERT

Ja zur Staatsvertrags-Initiative

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) eröffnete in Bern den Abstimmungskampf für ihre Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)». Die überparteiliche AUNS will mit ihrer Abstimmungskampagne den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern aufzeigen, dass echte demokratische Mitbestimmung Stabilität, Sicherheit und Wohlstand garantiert. Mit einem Ja zur Staatsvertrags-Initiative am 17. Juni 2012 erhalten Volk und Kantone endlich die notwendige Mitsprache in der Aussenpolitik.

AUNS. Nationalrat und AUNS-Präsident Dr. Pirmin Schwander positionierte die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS): «Wir von der AUNS sind weltoffene Kämpfer für Freiheit, Eigenständigkeit und Neutralität. Fern sind uns weltfremde Bürokraten und Richter, Isolationisten, Alleingänger und Rosinenpicker.» In der überparteilichen AUNS würden sich überzeugte Verfechter des beispiellos erfolgreichen Sonderfalls Schweiz mit seinen direkt-demokratischen Volksrechten engagieren. Die AUNS habe den festen Willen zur Mitgestaltung der Aussenpolitik. Der Bundesrat könne sich auf die AUNS verlassen, wenn es darum gehe, Schweizer Interessen zu verteidigen und den Verfassungsauftrag zu erfüllen, die politischen Freiheitsrechte der Schweizer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

«Die AUNS-Staatsvertrags-Initiative schade der Schweiz und schwäche die Landesregierung. Das ist die Hauptbotschaft der Gegner. Eine Begründung werde nicht geliefert», stellte Nationalrat Schwander fest und brachte das Ziel der Staatsvertrags-Initiative auf den Punkt: «Wer am 17. Juni 2012 Ja stimme, sage Ja

- zur Stärkung der demokratischen Mitsprache in der Aussenpolitik,
- für Arbeitsplätze und Wohlstand,
- für eine eigenständige Schweiz.»

Was für die Innenpolitik gut ist, ist auch für die Aussenpolitik gut

Kantonsrat und Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt erklärte, mit der Staatsvertrags-Initiative wird der Anwendungsbereich des obligatorischen Staatsvertragsreferendums ausgedehnt. Das Ziel sei, staatsvertragliche Verpflichtungen, die innerstaatlich über den Gesetzen (oder gar über der Verfassung) stehen, dem gleichen Verfahren zu unterstellen wie Verfassungsänderungen. Kantonsrat Vogt führte weiter aus, dass die direkte Demokratie dringend aktualisiert werden müsse: «Der Souveränitätsverlust bedeutet für die Schweiz mit ihren direktdemokratischen Institutionen – vor allem der Verfassungsinitiative und dem Gesetzesreferendum – auch eine Einbusse an demokratischer Mitgestaltung und Kontrolle: Nicht nur verliert mit dem wachsenden Einfluss des Völkerrechts die Schweiz als Staat an Macht und Souveränität, das Schweizer Volk verliert nach und nach seine Rolle als Souverän in einer demokratischen Ordnung, die ihm doch eigentlich die Herrschaft und die Letztentscheidung zuweist.» Rechtsprofessor Vogt nahm auch Stellung zum Begriff «wichtige Bereiche». Die Staatsvertrags-Initiative erfasse stets nur völkerrechtliche Verträge «in wichtigen Bereichen». Dies bedeute, dass es sich um «wichtige rechtsetzende Bestimmungen» handeln muss – ein der heutigen Verfassung bereits bekannter Begriff (Art. 164 Abs. 1 BV), an den bei der Auslegung der neuen Verfassungsbestimmung angeknüpft werden könne.

Vertrauen in die Schweizer Bevölkerung

Nationalrat und AUNS-Vizepräsident Luzi Stamm konterte die Angst-Propaganda der Gegner der Staatsvertrags-Initiative: «Was im Grossen gilt (EU-Beitritt), gilt auch im Kleinen (einzelne Staatsverträge). Ich habe mehr Vertrauen in die Schweizer Bevölkerung als in Einzelpersonen, bei denen nie ganz sicher ist, ob sie eigene Interessen vertreten. Mein grösseres Vertrauen in die Bevölkerung gilt sogar bei extrem komplexen und schwierigen Themen. Wenn unsere Politiker und Wirtschaftsvertreter ohne Diskussion unvorstellbar teuren ‹Rettungsfallschirmen› zustimmen oder ohne mit der Wimper zu zucken unser Nationalbankgold verkaufen, so vertraue ich lieber auf das Sensorium der breiten Bevölkerung; Sie sagt nicht so leicht zu Projekten, die zu Fässern ohne Boden ausufern können; ob sie ‹Brandmauern›, ‹Solidaritätsstiftungen›, ‹Ostmilliarden› oder wie auch immer heissen.› Nationalrat Stamm auch Stellung zum ‹schleichenden EU-Beitritt›: ‹Dass jemand, der in die EU drängt, nie und nimmer für die Ausweitung der direkten Demokratie eintreten kann, ist logisch.›» Deshalb sei ein «Ja» zur Staatsvertrags-Initiative auch ein zusätzliches Bollwerk gegen einen schädlichen EU-Beitritt.

Kantone stärken – Suisse romande stärken

AUNS-Vizepräsident Jean-Dominique Cipolla aus Martigny hob die Bedeutung der Staatsvertrags-Initiative für die Kantone hervor. Zunehmend würden Staatsverträge in vitale Interessen der Kantone eingreifen. Der bewährte und erfolgreiche Föderalismus werde dadurch folgenschwer gefährdet. Gerade die Suisse romande sei auf starke und möglichst eigenständige Kantone angewiesen. Cipolla rief die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in der Westschweiz auf, am 17. Juni 2012 ein überzeugtes Ja in die Urne zu legen.

Unsinn stoppen

«Was macht der Gerichtshof für Menschenrechte heute?», fragte der Wirtschaftsanwalt Dr. iur. Richard Wengle aus Richterswil. Der Gerichtshof beschäftigte sich heute mit Fotografien von Prinzessin Caroline von Monaco, schütze einen Verein mit dem Zweck illegaler Gebäudebesetzungen und verfüge die Krankenkassenpflicht für Geschlechtsumwandlungen. Das sei nie Absicht gewesen. Den Gerichtshof auf seine Kernkompetenz zurückzuführen, stelle sich zudem als aussichtslos dar. Richard Wengle weiter: «Passt eine internationale Regel den Grossmächten nicht, foutieren sie sich einfach darum. Die USA sagen einfach «nein» zu weiteren Zahlungsverpflichtungen an den IMF. Und wir? Der Beitritt zum IMF wäre nie und nimmer bewilligt worden, hätte das Volk gewusst, dass vor zwei Jahren 16 Milliarden, und dieses Jahr weitere 10 Milliarden an Verpflichtungen geleistet werden müssen. Für dieses Geld könnten unsere sämtliche Sozialwerke saniert werden. Wer glaubt, durch Auftürmen von IWF-Schulden die europäische Schuldenkrise bewältigen zu können, der glaubt an den Storch. Hier sind Volksabstimmungen zwingend. Stoppen wir diesen galoppierenden Unsinn mit einem Ja zur Initiative."

Kampagne «Demokratie macht Menschen zufrieden»

Der Geschäftsführer der AUNS, Werner Gartenmann, stellte die Abstimmungskampagne vor. Die überparteiliche AUNS bilde das Abstimmungskomitee. Im Gegensatz zu den Gegnern der Initiative werde die Kampagne ausschliesslich von «normalen Bürgerinnen und Bürgern» getragen. Das sei an sich schon symbolisch. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger fordern mehr Demokratie in der Aussenpolitik. Dagegen bekämpfen Bundesrat, die praktisch «komplett versammelte Politprominenz» und Wirtschaftsfunktionäre mit Millionen die demokratische Mitsprache. Die Plakate, der Abstimmungsprospekt und weitere Werbemittel haben eine Hauptbotschaft: «Demokratie macht Menschen zufrieden!». Mit Blick auf die EU-Euro-Krise und die vergleichsweise sehr gute Situation der Schweiz bringe diese Aussage die Sache auf den Punkt.

Ein weiteres Plakat-Sujet werde aufzeigen, welche einzigartigen politischen Mitbestimmungsrechte das Schweizer Volk hat: «Wir in Deutschland, Spanien, Griechenland, China, würden Ja stimmen zur Staatsvertrags-Initiative!».

Die AUNS investiere knapp 1 Mio. Franken in die Abstimmungskampagne. Das finanzielle Ungleichgewicht (Gegner bis zu 5 Mio. Franken) kompensiere die AUNS mit dem Engagement ihrer Mitglieder.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Missbrauch ahnden statt subventionieren

Mit einem dringlichem Postulat forderte der SVP-Kantonsrat Matthias Hauser die sofortige Streichung des Subventionsbeitrages von 95 000 Franken an die Fachstelle mira und die Berichterstattung über die Ergebnisse bezüglich der vom Kanton Zürich in Auftrag gegebenen Untersuchung.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
HÜNTWANGEN

Der Regierungsrat stellte fest, dass Vorwürfe gegen den Vorstand des Vereins Mira und die Fachstellen erhoben wurden. Beanstandet wurde insbesondere die Professionalität der Geschäftstätigkeit. Das Gutachten sollte klären, ob die ausgerichteten Subventionen zweckwidrig verwendet wurden und deshalb zurückgefordert werden müssen, ob die Staatsbeitragsberechtigung widerrufen werden muss oder ob die weitere Auszahlung der zugesicherten Subventionen von der Einhaltung von Auflagen bezüglich der Vereinstätigkeit und der Tätigkeit der Fachstelle abhängig zu machen ist.

Das Gutachten zeigt auf, dass dem Verein hinsichtlich seiner Tätigkeit und derjenigen der Fachstelle Zürich Fehler unterlaufen sind, die einwandfreie Vereinsführung nicht immer gewährleistet war, die Vorfälle hingegen subventionsrechtlich weder eine Rückforderung von ausgerichteten noch einen Widerruf der zugesicherten Subventionen rechtfertigen. Die Bildungsdirektion beschloss, gestützt auf das Gutachten, zusätzliche Auflagen. Danach ist der Verein verpflichtet, dem Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) bis Mitte 2012 ein Konzept zur Qualitätssicherung einzureichen. Der Verein hat zudem die Einführung eines entsprechenden Qualitätsmanagements ab Mitte 2012 in der Fachstelle Zürich zu gewährleisten. Im Weiteren ist der Verein verpflichtet, dem AJB während der Dauer der laufenden Staatsbeitragsberechtigung wichtige Vorkommnisse und Veränderungen im Vorstand und der Geschäftsführung der Fachstelle umgehend zu melden. Zusätzlich hat der Verein 2012 auf Ende April und Ende August Bericht über die Vereins- und Fachstellentätigkeit zu erstatten. Der Verein Mira besteht seit 1998. Sein Zweck ist der Kinderschutz, insbesondere die Prävention sexueller Ausbeutung in Verbänden und Vereinen. Bei Verdacht auf Grenzüberschreitungen oder sexuelle Ausbeutung bieten die Fachstellen eine Vorgehensberatung an. Die Angebote von mira werden stark beansprucht. 251 Vereine und 50 Verbände sind Mitglied bei mira. In den Städten Zürich und Winterthur ist die Vergabe von Fördergeldern an die Sportvereine an eine Mitgliedschaft bei den Vereinen Versa oder Mira gebunden. *Matthias Hauser* (SVP, Hüntwangen) betonte im Rat, dass die SVP-Fraktion sich mit der Überweisung des Postulats das Ende der dreifachen Subvention erhoffe.

Mira erhalte direkte Subventionen vom kantonalen Amt für Jugend und Berufsbildung sowie Beiträge von den Vereinen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und Mitglied bei mira sind. Diese Vereine würden kantonale und kommunale Beiträge, zum Beispiel aus der Sportförderung, erhalten. Zudem sei mira aus der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände hervorgegangen. Vermutlich fliessen auch von dieser Arbeitsgemeinschaft – also vom Bund – Mittel an mira, so Matthias Hauser. Vereine würden sich im Wettbewerb um Sponsoren und Mitglieder befinden. Es liege somit in ihrem eigenen Interesse, mit dem Thema «sexueller Missbrauch» sensibel umzugehen. Wenn Vereine mira beitreten und die Verantwortlichen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, Weiterbildungen bei mira besuchen, so sei dies ein Qualitätsindikator, der sich positiv auf den Mitgliederbestand und den öffentlichen Ruf des Vereines auswirke. Da somit ein unmittelbarer Nutzen aus der mira-Mitgliedschaft vorliegt, reiche es, wenn mira direkt von den Mitgliedern, also zum Beispiel von Sportvereinen, finanziert werde. Vermutlich würden gute und weit herum bekannte Merkblätter der Kantonspolizei für Kinder, Eltern und Vereine zum Vorgehen bei sexuellem Missbrauch in der Praxis wirksamere Hilfe sein, als es der dreifach subventionierte Verein mira ist. *Rolf Stucker* (SVP, Zürich) äusserte sich ebenfalls kritisch und betonte, dass die hohen Auflagen des Amtes für Jugend und Berufsberatung wirksamer sind als die Empfehlungen von mira. Zudem müsse ein Verein, der dazu rät, auf Anzeigen zu verzichten, unbedingt genauer unter die Lupe genommen werden. Denn Täter würden sich weiterhin sicher fühlen, wenn niemand interveniere. Der Kantonsrat folgte diesen Argumenten und überwies das Postulat mit 126 zu 28 Stimmen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Professionalisierung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden – Angriff auf das Milizsystem

URSULA MOOR
KANTONSRÄTIN SVP
HÖRI

Wie alle anderen Kantone muss auch Zürich sein Vormundschaftswesen neu organisieren, weil der Bund am 19. Dezember 2008 eine Änderung des Zivilgesetzbuches beschlossen hat, welche die Bereiche Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht betraf. Eintreten auf das Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht hat der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 23. April beschlossen, über die Minderheitsanträge wurde am 30. April 2012 beraten.

Kernstück der Revision des Bundesrechts ist die Professionalisierung der Behördenorganisation. Per Ende Jahr müssen die bisherigen 171 vom Volk oder Gemeindeparlament gewählten Vormundschaftsbehörden ihre Tätigkeit einstellen und am 1. Januar 2013 nehmen die neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), – 1 bis 2 pro Bezirk wurden geschaffen – ihre Tätigkeit auf. Einmal mehr verursacht die Übernahme von Bundesrecht beträchtliche Mehrkosten, ohne dass die Effizienz oder die Qualität gesteigert wird, noch gibt es weniger Fälle.

Ziel der Beratung musste deshalb sein, dass die geforderte Professionalisierung mit Mass und Ziel umgesetzt wird. So wurde ein Pikettdienst in unserem Sinne abgelehnt, weil man der Meinung ist, dass in Notfällen die bestehenden Pikettstrukturen (Polizei, Notarzt, Spitäler) bedarfsgerecht und angemessen sind. Umstritten war, ob der Bezirksrat (Laienbehörde) oder das Bezirksgericht (Fachbehörde) erste Rekursinstanz sein soll. Die Mehrheit des Kantonsrates hat sich für den Bezirksrat ausgesprochen. Eine weitere heiss diskutierte Frage waren die Kosten. Mit Verweis auf den neuen Finanzausgleich – die grossen Städte würden neben den Finanzausgleichzahlungen nochmals viel Geld einkassieren – wurde ein Kostenteiler 60 Prozent Kanton, 40 Prozent Gemeinden abgelehnt, ebenso der Antrag, dass sich der Kanton während 5 Jahren an den Kosten der KESB mit Fr. 11.15 pro Einwohner und Jahr beteiligt. In letzter Minute konnte das Anliegen der Stadtzürcher SVP eingebracht werden, dass die Wahl der KESB-Mitglieder bei Parlamentsgemeinden weiterhin durch das Parlament und nicht durch die Gemeindevorsteherschaft (Stadtrat) erfolgt.

Wie eingangs bereits erwähnt, verspricht man sich vom neuen Gesetz eine professionellere Bearbeitung der vormundschaftlichen Massnahmen. Persönlich bin ich überzeugt, dass die Vormundschaftsbehörden in den Gemeinden bisher gut funktioniert haben. Effizient und kostengünstig. Zudem bestätigen mir meine Erfahrungen als Kantonsrätin und Gemeindepräsidentin immer wieder: «Ein Gesetz ist nur so gut, wie die Behörden und Personen sind, die es vollziehen!» In diesem Sinne werde ich die Entwicklung der neuen Vorgaben kritisch begleiten.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein Postulat betreffend breiteres Fächerprofil für Primarlehrkräfte überwiesen. ☺

… ein Postulat betreffend wettbewerblicher Ausschreibung für Stromeffizienz überwiesen. 😐

… ein dringliches Postulat betreffend sofortiger Streichung des Subventionsbeitrages an die Fachstelle mira und Berichterstattung über die Ergebnisse bezüglich der vom Kanton Zürich in Auftrag gegebenen Untersuchungen der Fachstelle mira überwiesen. ☺

… die erste Lesung zum Einführungsgesetz zum Kinder- und Erwachsenenschutzrecht abgeschlossen. 😐

30. April 2012

Einladung zu einer spannenden Podiumsveranstaltung über die

Kulturlandinitiative

mit Bastien Girod Nationalrat Grüne, Pro
Stefan Krebs Kantonsrat SVP, Kontra
Gesprächsleiter Christian Brändli
Chefredaktor-Stv. «Zürcher Oberländer»

Dienstag, 8. Mai, um 20.00 Uhr
im Saal der Stiftung zur Palme, Hochstr. 31, Pfäffikon ZH

Eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen und der SVP des Bezirks Pfäffikon

GRÜNE
SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

KANTONSRATSFRAKTION

Hans Frei als Fraktionspräsident verabschiedet

Am Montag wurde Kantonsrat Hans Frei als Fraktionspräsident verabschiedet und seine grossen Leistungen verdankt.

KANTONSRAT
LORENZ HABICHER
VIZE-FRAKTIONSPRÄSIDENT
ZÜRICH 3/9

Als Vizepräsident möchte ich Hans Frei im Namen der Fraktion für seine langjährige Funktion und seine guten Dienste als Fraktionspräsident danken. Am besten wird man einer Persönlichkeit gerecht, wenn man ein paar seiner «politischen Meilensteine» nochmals Revue passieren lässt: Hans Frei, 1996 in den Kantonsrat gewählt, gilt als fleissiger, kompetenter und immer korrekter SVP-Politiker – stets im Dienste der Partei. Hans Frei hat im Kantonsrat Fussabdrücke hinterlassen, sei dies als Präsident der Kommission für Planung und Bau bei der Debatte um den Richtplan oder als Präsident der Finanzkommission im Jahr 2007/2008. 2008 wurde Hans Frei von den Fraktionsmitgliedern zu ihrem Präsidenten gewählt und brachte von da an seine Erfahrungen in die Arbeit der Geschäftsleitung ein. Unter der umsichtigen Führung unseres Fraktionspräsidenten konnten in den vergangenen Jahren etliche finanzpolitische Erfolge erzielt werden.

Hans Frei hat sich stets der politischen Sache gewidmet und sich für die SVP-Anliegen stark gemacht. Er unterordnete sich immer dem Fraktionsentscheid. Dies auch, wenn die Mehrheiten in der Fraktion manchmal entgegen seiner eigenen Meinung waren wie beispielsweise bei einigen Flughafenvorlagen.

Hans Frei hat den Fraktionsvorstand erweitert und alle Kommissionsverantwortliche in die Vorstandsarbeit miteinbezogen.

Nicht jede der Fraktionssitzungen verlief harmonisch – es wurde auch einmal laut. Hans Frei gelang es immer, die verschiedenen divergierenden Meinungen zu einem starken und erfolgreichen Ganzen zusammenzuschmieden.

Aus einem Guss sollte die SVP-Fraktion sein, mit einer Stimme sollte die SVP sprechen und um diese gelebte Einheit beneiden uns manch andere Fraktionen.

Diese Disziplin wird nun vom neuen Fraktionspräsidenten Jürg Trachsel weitergeführt – in der Fraktion wie im Kantonsrat.

Damit Hans Frei das Läuten und den Klang der Fraktions-Glocke nicht vergisst, wurde ihm eine grössere Glocke als Geschenk überreicht.

Als Dank und Wertschätzung von «seiner» Fraktion.

Stabübergabe: Hans Frei wünsch dem neuen Fraktionspräsidenten Jürg Trachsel viel Erfolg. Vizepräsident Lorenz Habicher mit dem Geschenk im Hintergrund.

GOLDINITIATIVE VON LUZI STAMM VORGESTELLT

Das Schweizer Gold nicht weiter verscherbeln

Der Aargauer SVP-Nationalrat Luzi Stamm hat vor den Delegierten der SVP Bezirk Andelfingen die Hintergründe und Ziele der lancierten Goldinitiative aufgezeigt.

RoMü. «Ein Grossteil der Bevölkerung hat gar nicht realisiert, dass ein Teil unseres Volksvermögens Gold im Ausland liegt und bereits mehr als die Hälfte davon verkauft worden ist», hielt der Aargauer SVP-Nationalrat Luzi Stamm vor den Delegierten der SVP Bezirk Andelfingen in Flaach fest. Konkret geht es jetzt darum, dass der Aargauer Nationalrat einem Initiativkomitee angehört, welches für den Erhalt der Goldreserven kämpft. Mit der bereits im vergangenen Herbst lancierten Volksinitiative sollen weitere Verkäufe der Goldreserven untersagt werden, und zugleich wird die Nationalbank verpflichtet, dieses Gold in der Schweiz lagern. Zudem soll die Nationalbank gezwungen werden, einen Teil ihrer Reserven in Gold zu halten, wobei ein Mindestvermögenanteil von 20 Prozent der Aktiven gefordert ist. Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der grossen Krise in den Euroländern. «Für mich ist es ein einschneidendes Erlebnis gewesen, als ich vor über 21 Jahren im Flugzeug zwischen den USA und der Schweiz neben einem EU-Diplomat sass. Er machte dabei deutlich, dass man mit einer einheitlichen Währung, dem gleichen Recht und einer freien Wanderung innerhalb der EU-Länder sämtliche Staaten in Europa unter einen einheitlichen Hut bringen kann», so Stamm. Deshalb zeigte er sich vor den SVP-Delegierten noch besorgter hinsichtlich der Goldreserven.

Ursprünglich im Trubel der herrenlosen Vermögen kündigte der damalige Bundespräsident Arnold Koller im März 1997 an, für 7 Milliarden Franken überschüssige Goldreserven zu verkaufen und die Gelder in die Solidaritätsstiftung einzuwerfen. Dieses Vorhaben wurde wohl vom Volk schlussendlich verworfen, doch die Nationalbank verkaufte während fast fünf Jahren täglich eine Tonne Gold, so dass der einstige Goldbestand von 2590 t auf die Hälfte reduziert wurde.

Niemand weiss wo

Stamm verwies darauf, dass heute angeblich niemand weiss, wo sich die verbliebenen Goldreserven überhaupt befinden. Dabei verwies er auf eine Antwort von Bundesrat Kaspar Villiger im März 2003; «Wo diese Goldbarren genau liegen, kann ich ihnen leider nicht sagen, weil ich es auch nicht weiss, es nicht wissen muss und es nicht wissen will». Dieser Umstand ist für Stamm sehr unbefriedigend, so dass mit der Initiative gefordert wird, dass sämtliches Gold konsequent nur noch in der Schweiz gelagert werden darf.

Dabei schaute Stamm auf die aktuelle Lage mit Blick auf die nationalen Währungen und sprach gar von einer Zeitbombe. Ungeachtet der eigenen Goldreserven haben verschiedene Staaten seit 2008 unermessliche Geldmengen seit der Finanzkrise auf den Markt geworfen, um das global bisher grösste Konjunkturprogramm anzustossen.

Durch den dabei erfolgten Wegfall der bisher üblichen Golddeckung werden diese Geldsummen zu einem enormen, kaum mehr abschätzbaren Risiko. Deshalb setzen Stamm und seine Mitinitianten auf das lancierte Volksbegehren, das diese einmalige Chance nutzt, eine klare nationale Goldpolitik umzusetzen. «Nur in der Schweiz kann die Bevölkerung die Politik respektive die Zentralbank zwingen, ihre Goldpolitik zu ändern. Diese Chance sollten wir unbedingt nutzen», so Stamm abschliessend.

Luzi Stamm kämpft dafür, dass die Goldreserven nicht weiter verkauft und im Inland gelagert werden.

SVP BIRMENSDORF

Grenzumgang mit heimatlichen Klängen

Am Sonntag, den 29. April 2012 führte die SVP Birmensdorf einen «Grenzumgang» der Gemeinde durch.

Da die Dorfgrenze aber fast 23 Kilometer beträgt, wurde nur ein Teilstück bewältigt. Rund 70 Personen fanden sich um 10.30 Uhr bei der Kaserne Birmensdorf ein. Begrüsst wurden sie durch die Alphornklänge von Albert Wey, der auch unterwegs und beim Ziel nochmals aufspielte. Nach einer Einführung nahmen die Teilnehmer unter der kundigen Führung von alt Gemeindepräsident Jakob Gut den Weg unter die Füsse.

Zuerst ging es das Reppischtal hinunter zum fast tiefsten Punkt der Gemeinde. Danach hiess es aber wieder aufsteigen. Immer wieder wusste Jakob Gut an markanten Punkten den Teilnehmern interessantes und wissenswertes über die Gemeinde zu erzählen. Darum wurde aus den geplanten 2,5 Stunden auch gut drei Stunden, bis man am Zielort, der Waldhütte Grossmatthau, eintraf. Dort warteten aber schon einige Helfer und alle konnten sich mit einer Verpflegung und Getränken wieder stärken. Ein gemütliches Beisammensein und viele Gespräche rundeten den gelungenen Ausflug ab.

Viele interessante Ausführungen entlang der Grenze.

Einladung zur

Parteiversammlung SVP Stadt Winterthur

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Donnerstag, 10. Mai 2012, 20.00 Uhr
Restaurant Rössli, Rösslistrasse 7, 8405 Winterthur Seen

Traktanden

1. Begrüssung / Wahl der Stimmenzähler
2. Abstimmungsvorlagen Winterthur
   – Rahmenkredit für Energie-Contracting
   Kantonsrat Walter Langhard
3. Kantonale Abstimmungsvorlagen
   – Verkehrsabgabengesetz
   Kantonsrat Martin Arnold
   – Freie Schulwahl
   pro: Kantonsrat Claudio Zanetti
   contra: Sarah Bösch, SVP Bildungskommission
4. Eidgenössische Abstimmungen
   – Staatsverträge vors Volk
   Nationalrätin Natalie Rickli
   – Managed Care
   Nationalrat Jürg Stahl
5. Verschiedenes / Umfrage

Der Präsident

LESERBRIEFE

Simonetta Sommaruga – ihre zwei Gesichter

Kürzlich im TV strahlte Bundesrätin Simonetta Sommaruga über alles, weil sie das erste Mal offiziell an die Landsgemeinde von Appenzell Innerrhoden eingeladen war. Sie sagte u. a., wie beeindruckt sie von der direkten Demokratie in Appenzell sei und wie vorbildlich diese gelebt werde usw. Nicht genug lobende Worte konnte sie für die Landsgemeinde finden. Hier bin ich für einmal mit ihr einverstanden. In dieser Sache hat sie recht.

Aber im Gegensatz zu ihr setzt Landammann Carlo Schmid alle Volksentscheide 1:1 ohne Wenn und Aber durch. Er hinterfragt nichts. Im Gegenteil, spricht er sogar von weiser Weitsicht seiner Landsleute. Hut ab vor Landammann Carlo Schmid. Und was macht Frau Sommaruga? Sie hinterfragt Volksentscheide. Will einen von diesen nicht 1:1 umsetzen. Noch schlimmer. Sie will diesen «umbiegen» und à la «abgelehnten Gegenvorschlag» im Schweizer Gesetz verankern. Dies geht meines Erachtens schon in Richtung Betrug am Volk. Sicher ist es aber Arbeitsverweigerung.

Eben, so ist diese Frau Bundesrätin. Am TV schmeichelt sie der Behörde, von welcher sie eingeladen wurde, und in Bern macht sie hinten durch genau das Gegenteil von Landammann Carlo Schmid (alt Ständeratspräsident). Nicht genehme Vorlagen, welche vom Souverän abgelehnt wurden, will sie schleichend durch die Hintertür nach ihrem Geschmack durchsetzen.

Diese Bundesrätin hat wirklich zwei Gesichter. Wahrlich kein Vorbild für unsere Schweizer Jugend.

Hanspeter Widrig

Wird die Familie Hildebrand «weissgewaschen»?

Ist das kürzlich nachgereichte Prüfungsergebnis der Revisionsgesellschaft KPMG nun tatsächlich ein Persilschein beziehungsweise ein Freibrief für die Familie Hildebrand? Bei Lichte betrachtet nach wie vor nicht. Der Hinweis von KPMG «keine Finanztransaktion vorgenommen, welche gegen die damals geltenden Regeln und Richtlinien für Mitglieder des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank und deren Familien verstossen hätten», ist doch weder ein rechtlicher noch ein moralischer Freipass für solcherart private Bereicherungen. Wenn in den damaligen Regeln und Richtlinien solche Transaktionen nicht verboten waren, heisst es doch nicht, dass man sie nutzen und sich damit privat bereichern darf. Insiderwissen auf dieser Stufe für private Zwecke einsetzen ist nicht nur ein Kavaliersdelikt.

Meiner Meinung nach hat die Öffentlichkeit endlich Anrecht darauf, zu wissen, ob die Familie Hildebrand tatsächlich in den letzten Jahren Fremdwährungen gekauft und wieder verkauft hat und in welchem Umfang. Erst dann kann sich der Bürger seine eigene Meinung über den Fall Hildebrand machen. Lediglich – wie aus dem erwähnten Prüfbericht hervorgeht – einen grösseren Dollar-Kauf als «unsensibel» zu taxieren, hat doch eher mit «Weisswaschen» als mit erwiesener Entlastung der Familie Hildebrand zu tun.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Podiumsgespräch zur Initiative „Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse“

Datum: 23. Mai 2012
Zeit: 20.00 Uhr
Ort: Restaurant Arcade, im Zentrum 14, Hombrechtikon

Referenten

Pro: Clarita Kunz Heilpädagogin, elternlobby Zürich

Contra: KR Hans-Peter Amrein SVP Küsnacht

Wir freuen uns über ihren Besuch!

Verena Helbling, SVP Frauen Bezirk Meilen

Einstehen für die Schweiz – Einstehen für Hombrechtikon

SCHWEIZER QUALITÄT SVP

www.svp-hombrechtikon.ch

ABSTIMMUNG VOM 17. JUNI 2012

Managed Care – ein Ettikettenschwindel

Am 17. Juni 2012 wird über die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care) abgestimmt. Managed Care ist, was Kosten, Qualität und Effizienz anbelangt, ein Etikettenschwindel. Es gibt keine rationalen Gründe, ein solches Modell zu unterstützen.

DR. KARL ZWEIFEL
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 3/9

Da der Mensch nur über ein begrenztes kurzzeitiges Aufnahmevermögen besitzt, beginne ich von hinten, respektive mit den Schlussfolgerungen.

Managed Care ist abzulehnen, weil:

1. Wir wissen, dass die Kosten steigen werden.
2. Wir wissen, dass die Qualität sinken wird.
3. Wir wissen, dass die Effizienz nicht gesteigert wird.
4. Wir wissen, dass die Patientenzufriedenheit sinkt.
5. Wir wissen, dass die Wahlfreiheit des Bürgers sinkt.
6. Wir wissen, dass die Therapiefreiheit des Arztes sinkt.
7. Wir wissen, dass Verwaltung und VW-Kosten zunehmen.
8. Wir wissen, dass der Planwirtschaft erneut Vorschub geleistet wird.
9. Wir wissen, dass der Ärztetourismus viel einfacher begrenzt werden kann.
10. Es keinen Grund gibt, schlechtere Systeme zu kopieren oder diesen nachzueifern.
11. Die Bevölkerung mit dem bisherigen, wohl weltbesten, Gesundheitssystem äusserst zufrieden ist.

Was bedeutet Managed Care?

Managed Care bedeutet integrierte Versorgung, wobei jeweils eine Gruppe von Hausärzten die zentrale Anlaufstelle darstellen soll, die den Patienten zu betreuen hat. Der Grund der Befürworter für eine Einführung liege in der Kostensenkung und Qualitätssteigerung. Wobei man bereits zugab, dass es keine verlässlichen Studien gebe, dass Managed Care billiger werde. Auch ob die Qualität besser werde sei nicht gesichert. Es handelt sich also bei diesem politischen Vorhaben um reine Behauptungen, die den Bürger weiter in ein planwirtschaftliches Korsett einzuzwängen versuchen. Die Fakten widersprechen dem bereits heute. In den USA existiert dieses System unter der Bezeichnung HMO seit den 80er Jahren. Untersuchungen der US-Behörden haben dabei gezeigt:

Kosten

Die Kosten werden nicht gesenkt, sondern erhöht. Ich erinnere daran, dass speziell im Gesundheitswesen die Politiker bereits vor der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) 1996 ständig versprachen, die Kosten würden abnehmen. Kein einziges Mal trafen die Versprechen zu. Die SVP hat nicht zuletzt so viele Wähler, weil sie auf Wahrheitstreue und Glaubwürdigkeit und individuelle Freiheit setzt.

Qualität

Auch hier liefern die US-Behörden bereits Fakten, die klar zeigen, dass die Qualität der Versorgung sinkt. Wenn Qualitätsmessungen als ausserordentlich komplex (multifaktoriell) gelten, besteht darüber Einigkeit, dass die Geburtensterblichkeit und die Lebenserwartung mit der medizinischen Qualität korrelieren, respektive als zuverlässiger Indikator gelten.

Fakt ist: Lag die USA 1960 noch an der Weltspitze, so nahm sie 1990 nur noch den 23.Platz und aktuell nur noch den 34. Platz ein. Auch in Bezug auf die Lebenserwartung hinkt die USA Japan, der Schweiz und anderen europäischen Ländern weit hinterher. Dies trotz der Tatsache, dass die Bush-Regierung die Medikamentenabgabe an ältere Patienten mit Milliarden zu subventionieren begann.

Effizienzsteigerung

Vertreter des Managed Care behaupten, die Effizienz werde gesteigert. Dem ist aus eigener Erfahrung nicht so, im Gegenteil. Jeder mündige und denkfähige Bürger braucht nur mal kurz darüber nachzudenken, ob ein Arzt, der aus dem Gesamtangebot von Spitälern, Spezialisten und medizinischen Instituten wählen kann, rascher einen Patienten unterzubringen vermag als dort, wo lediglich eine limitierte Auswahl besteht. Freie Wahl verhindert darüber hinaus Kollegenklüngel und Vetternwirtschaft, kurz: Korruption, und verbessert Qualität und Effizienz bei Reduktion der Kosten.

Staatliche Lenkungsmassnahmen; Planwirtschaft vs. «freier» Wettbewerb

Der Anreiz für ein solches Modell soll im tieferen Selbstbehalt liegen. Der Selbstbehalt für jene, die sich für das «Managed Care-Modell» entscheiden, beträgt 10 Prozent versus 15 Prozent gegenüber denjenigen, die eine freie Arztwahl wünschen. Die Franchise geht maximal bis 500 Franken bei Managed Care, bei denjenigen mit «freier Arztwahl» auf 1 000 Franken. Man will also den Bürger durch tiefere Selbstbehalte zu einem Managed Care-Wechsel lokken. Das Ziel der Politik: 60 Prozent der Bevölkerung in einem Netzwerk zu haben.

Patientenzufriedenheit

Es stand den Krankenkassen frei, bereits heute solche Modelle anzubieten. Das Neue an Managed Care ist, dass die Netzwerke nicht mehr den Krankenkassen allein unterstellt sind, sondern unabhängig davon gegründet werden können. Die Krankenkassen verfügen aber immer noch über die Verfügungsgewalt, indem sie nicht mit jedem Netzwerk einen Vertrag abzuschliessen brauchen. Kommt hinzu, dass die Managed-Care-Praxen einem Kostenkorridor, besser Kostendiktat, ausgeliefert sind, der, falls überschritten, mit einem Malus oder einem Ausschluss sanktioniert wird. Damit wird gleichzeitig das Arzt-Patienten-Verhältnis gestört, denn in einem solchen System hat der Arzt die Qual der Wahl, die da lautet: Ökonomie oder Therapie? Weder die Freiheit des Patienten wird erhöht noch die Handels- und Entscheidungsfreiheit der Managed-Care-Ärzte.

Die Begeisterung der Versicherten scheint sich aber in engen Grenzen zu halten. Nur rund 10 Prozent der Versicherten haben sich bisher einem HMO-Netzwerk angeschlossen. Es gilt: Die «besten Netzwerke» sind dort, wo man frei wählen kann. Gleichgültigkeit ist oft vorherrschend, solange es einem nicht selber betrifft. Sobald man aber selber erkrankt, dann wünscht man sich das Beste.

Nur diese Möglichkeit besteht beim Managed-Care-Modell, was limitierte Auswahl bedeutet, nicht mehr. Für die SVP, eine Partei der Freiheit, gibt es daher keinen Grund, für ein solches System einzustehen. Im Übrigen sei die Bemerkung erlaubt, dass Managed Care nicht dem Wunsch der Bevölkerung entsprungen ist, sondern einem politischen Willen. Das Kostenbewusstsein wird so lange gering bleiben, bis via grosszügige Prämienverbilligungen die Eigenverantwortung ausgehebelt wird. Dort, wo Freiheit beschnitten wird, im Gesundheitswesen, Bildungswesen und Kultur, dort laufen die Kosten aus dem Ruder, ohne dass Qualität verbessert wird.

Wahlfreiheit

Die Schweizer Ärztevereinigung hat mehrfach nachgewiesen, dass die «freie Arztwahl» der meistgenannte Wunsch bei Patienten darstellt. Sie soll nicht durch politischen Interventionismus untergraben werden. Hier weiterhin von bestehender Freiheit zu sprechen, bei gleichzeitiger Behauptung, die Qualität werde durch Freiheitsbeschränkung sogar besser, ist absurd. Es muss festgehalten werden, dass die Tarife für Managed Care identisch mit jenen bei freier Arztwahl sind.

Im Gegensatz zur «freien Arztwahl im Spitalwesen» bezahlt man tatsächlich in Form von privaten Zusatzversicherungen mehr für eine bessere Qualität, erscheint es doch logisch, dass Spitzenärzte gegenüber Ausbildungs-, sprich Assistenzärzten, im Schnitt eine bessere Qualität erbringen. Dort zahlt man tatsächlich mehr für einen Mehrwert. Nicht so im ambulanten Bereich, wo man behauptet, die Qualität würde gegenüber der freien Arztwahl sogar verbessert, was einer reinen Scheinbehauptung entspricht. Qualität kostet nun mal. Erneut wird es so sein, dass diejenigen, die sonst schon mehr in unsere Sozialwerke einbezahlen, erneut vermehrt zur Kasse gebeten werden.

Mehrfachkonsultationen

Das Argument «Managed Care verhindert Ärztetourismus» steht auf schwachen Füssen. Um Ärztetourismus, der eine Realität ist, einzuschränken, braucht es prinzipiell keine Managed-Care-Modelle. Man muss lediglich per Gesetz festlegen, dass alles, was über eine Second Opinion hinausgeht, einer vorhergehenden Erlaubnis durch die Krankenkassen bedarf, oder in all diesen Fällen die Kosten selber getragen werden müssen.

Netzwerke

Es gibt noch zahlreiche Ärzte, die eine Einzelpraxis führen, aber es gibt keinen Arzt, der nicht über ein eigenes frei gewähltes Netzwerk verfügt, ob Generalist oder Spezialist. Der einzelne Landarzt ist mittelfristig ein Auslaufmodell. Die aktuellen Lastenträger sind bereits heute die über 55-jährige Ärzte, die das Gros der Volksversorgung noch garantieren. Die Schweiz weist aktuell die zweitniedrigste Ausbildungsrate im OECD-Raum auf. 1,7 Stellen werden für eine 100-Prozent-Stelle benötigt. Dies ist keine nachhaltige Politik und garantiert keine Versorgungssicherheit! Der Numerus clausus diskriminiert den eigenen Nachwuchs und bevorzugt ausländische Ärzte. Ein politisches Absurdum.

Bereits jetzt lassen sich kaum mehr Ärzte finden, die bereit sind, für immer weniger Verdienst – ich erinnere nur an die Kürzung der Labortarife um 25 Prozent, Aufhebung der Besucherpauschale, herabwürdigende Notfallentschädigungen bei Hausärzten, den Ärzte- und (bisherigen) Praxisstop – in Land- oder Hausarztpraxen zu gehen. Viele von diesen betrachten eine solche verantwortungsvolle Aufgabe nicht mehr als Lebenswerk, sondern als passagere Absprungrampe in weit weniger anfordernde und lukrativere Teilbereiche wie Spital- und Verwaltungsdirektionen, Krankenkassen-Ärzte, IV-Gutachter, Codierer, gewisse Spezialgebiete usw.

Die erste Ersatzwelle für den durch eine absurde Schweizerische Landespolitik hervorgerufenen Ärztemangel sind aktuell hauptsächlich noch die Deutschen; bald werden Polen, Griechen, Ukrainer, Asabeidschaner, usw. folgen. Ohne arrogant sein zu wollen, glaube ich nicht, dass eine solche Praxis die medizinische Qualität erhöhen wird. Und es erlaubt sich die Frage, wie viele dieser Hausärzte in Zukunft tatsächlich noch Hausvisiten durchführen werden.

Budget Ärzte

Es waltet ein «paradoxer ökonomischer Anreiz», der mit grosser Wahrscheinlichkeit zum Nachteil des Patienten gereicht. Der Anreiz ist in doppelter Hinsicht als negativ zu beurteilen: Managed Care basiert auf Fixpreisen, der Wettbewerb aber basiert auf den Kosten.

a) Ein solches System stellt ein «existenzgefährdendes Wettbewerbssystem» dar, da bei gleichem «Preis» die «Kosten» nur gesenkt werden können, wenn man weniger aufwendig diagnostiziert und therapiert,
b) Es handelt sich also um ein Malus-System, das den integren Arzt «bestraft».

Derjenige, der nichts tut (Budget) der verdient mehr, derjenige der mehr tut, verdient weniger (umgekehrtes Leistungssystem).

Administrativer Aufwand

Auch hier haben die US-Behörden nachgeforscht. Wörtlich steht: In den vergangenen Jahren stiegen die Gesundheitskosten, unter anderem wegen des hohen administrativen Aufwands der Managed-Care-Organisationen, rasant an.

Fazit und Ausblick

Seit 7 Jahren arbeitet man im Parlament am Managed-Care-Modell. Managed Care ist, was Kosten, Qualität und Effizienz betrifft, ein Etikettenschwindel. Es gibt für die SVP keine rationalen Gründe, das Managed-Care-Modell zu unterstützen.

Die Gründe wurden Eingangs zusammengefasst. Es geht in Richtung Abbau der freien Arztwahl, die man mit Lenkungsabgaben erzwingen möchte.

Die Zukunft liegt meines Erachtens nicht in Netzwerken, sondern in Kompetenzzentren oder, wenn schon, wie bisher bereits Gang und Gäbe, in Netzwerken, die frei gewählt werden können. Landbewohner werden künftig einen etwas längeren Weg für Kompetenzzentren in Kauf nehmen müssen. Bei der aktuellen Spitaldichte der Schweiz können dort, sofern gewillt, solche Kompetenzzentren gegründet werden, die eine kombiniert integrierte Behandlung von ambulant und stationär anbieten. Durch die hohe Effizienz an einem Ort besteht die Möglichkeit, wirklich rasch zu handeln, womit die Qualität echt gesteigert werden kann, was aus eigener Erfahrung gerade bei HMO-Modellen nicht der Fall ist.

Man kann den Ärztetourismus einfacher verhindern. Die Politik verfügt über diese einfache von mir vorgeschlagene Möglichkeit. Das Gesundheitswesen bedarf eindeutiger Reformen, das steht ausser Diskussion. Allerdings solcher, die im Gegensatz zum Managed-Care-Modell Sinn machen und nicht solche, die Planwirtschaft, Zentralisation und Regulation vorantreiben.

Als wesentliche Elemente gilt es erstens, das Gesundheitssystem vom Umlageverfahren auf eine Eigenkapitaldeckung umzustellen, womit der Generationenkonflikt entfällt, zweitens den Grundkatalog auf die notwendigsten Verfahren zu reduzieren und den Rest in Eigenregie in Form von Privatversicherungen um die individuellen Vorlieben – Alternative Medizin, spezielle Physiotherapieverfahren und Rehabilitationswünsche usw. – abzudecken.

Drittens gilt es den Föderalismus, damit den freien Wettbewerb und die Eigenverantwortung verstärkt im Gesundheitswesen zu fördern.

Quellen:

Marcia Angell, Der Pharma-Bluff. Aus dem Amerikanischen von Sebastian Vogel, KomPart Verlagsgesellschaft Bonn/Bad Homburg 2005, ISBN 3-9806621-9-5.

Heidi Nadolski , Washington DC, USA, Diplomvolkswirtin (sozialwissenschaftliche Richtung; seit 2000 in Washington DC, USA.

Das amerikanische Gallup Institut hat diese Umfrage an über 1000 Befragten durchgeführt; siehe: HMO win, patients lose and Congress stays in coma; US Today 22. Juni 2004.

Arbeitstagung der SVP Kanton Zürich

Unser Gesundheitswesen – krank?

Samstag, 12. Mai, 8.30 Uhr bis ca. 12.30 Uhr
See-Spital Kilchberg, Grütstrasse 60, 8802 Kilchberg

Jetzt anmelden!

Programm

08h30	Kaffee / Gipfeli
	Begrüssung – ABC des Gesundheitswesens
09h00	Begrüssung und Einführung in das Gesundheitswesen *Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich*
	Hat sich das KVG bewährt? – Entwicklungen der letzten 15 Jahre
09h10	Stand der Reformen im KVG auf Bundesebene – Haltung der SVP *Nationalrat Jürg Stahl, Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*
	Spitalfinanzierung: Von der Fallpauschale zum Zürcher Spitalfonds?
09h30	Die Spitalfinanzierungsmodelle auf dem Prüfstand *Kantonsrat Urs Martin*
09h45	**Der Arzt – Unternehmer oder Staatsangestellter?**
	Entwicklungen und Tendenzen im Gesundheitswesen *Daniel Staffelbach, Rechtsanwalt / Konsulent FMP*
10h00	*** Pause ***
	Managed Care: Zielführende Reform oder sinnlose Planwirtschaft?
10h30	Die integrierte Versorgung mit Netzwerken steht zur Diskussion *Pro: Nationalrat Toni Bortoluzzi* *Contra: Nationalrat Christoph Mörgeli*
	Podiumsdiskussion/Fragerunde mit Publikum
10h50	Podiumsdiskussion mit Jürg Stahl, Urs Martin, Daniel Staffelbach, Toni Bortoluzzi und Christoph Mörgeli – Fragen aus dem Publikum *Diskussionsleitung: Alex Reichmuth, Redaktor «Die Weltwoche»*
12h00	Schlusswort / Ende der Tagung *Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich*

Anmeldung an: Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Fax 044 217 77 65 oder E-Mail sekretariat@svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Anmeldetalon für die Arbeitstagung vom Samstag, 12. Mai 2012

Name ____ Vorname ____
Strasse ____ PLZ, Ort ____
Tel. ____ E-Mail ____

Fadegrad

Kollektiv und Eigeninteresse

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Der Berner Schriftsteller Pedro Lenz hat gemäss Tagi in seiner Ansprache zum Tag der Arbeit in Zürich bedauert, dass es kein Bewusstsein mehr gebe für das Kollektiv, in dem alle Platz hätten. Unterstellen wir mal, Herr Lenz meinte mit «Kollektiv» unsere basisdemokratische Schweizer Gesellschaft. Schliesslich sagte er, diesmal gemäss SDA, bezogen auf seine traditionell gewerkschaftliche Anrede «Genossinnen und Genossen», dass der Begriff aus der Mode gekommen sei. Aus Genossen seien Konsumenten geworden und aus der Eidgenossenschaft eine Eidkonsumentenschaft. Das Problem der Partikularinteressen, die den Gesamtinteressen der Gesellschaft entgegenstünden, war und ist ein allgegenwärtiges. Jean-Jacques Rousseau dachte in seinem Werk «Le Contrat Social» genauso darüber nach wie James Madison in den «Federalist Papers» und Alexis de Tocqueville in seinen Überlegungen über die Demokratie in Amerika. Nach de Tocqueville spielen Partikularinteressen eine ausgleichende Rolle. In einer freiheitlichen Gesellschaft sind die verschiedenen Partikularinteressen dafür besorgt, dass die Mehrheiten fallweise wechseln und sich nicht immer die gleichen Leute in der Mehrheit finden. Für Rousseau aber sind Partikularinteressen der Tod des Gesellschaftsvertrages. Jeder Bürger muss im Sinn des Ganzen am Staat teilhaben. Nur schon ein einziger, der Eigeninteressen vertritt oder sich nicht beteiligt, verdirbt das Ideal des Systems. Einen zusätzlichen Aspekt des gleichen Problems, greift der Think Tank avenir suisse auf, wenn er auf die Abstimmung zur Zweitwohnungsinitiative zurückblickt. Gerhard Schwarz betitelt seinen Artikel mit «Die Mehrheit muss mittragen, was sie bestimmt». Er setzt sich kritisch mit dem Umstand auseinander, dass sämtliche Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von knapp unter, bzw. 20 Prozent und mehr die Initiative ablehnten, während die Mehrheit, die vom Entscheid nicht betroffen sei, der direktbetroffenen Minderheit ihre Meinung übergebraten hätte. Sein Punkt ist, dass die strukturschwachen Bergregionen, die vom Tourismus leben, künftig in ihrer finanziellen Prosperität eingeschränkt würden, während die ohnehin bevorzugten Talschaften keine Einschränkungen in Kauf nehmen müssten. Aber: Wenn das wirtschaftliche Auskommen der Bergkantone abnimmt, müssen die finanziell starken Kantone über den Finanzausgleich zahlen. Hat die obsiegende Mehrheit nicht an diesen Umstand gedacht? Wir haben andere Abstimmungen hinter uns, deren Folgen von der Mehrheit kaum alle berücksichtigt wurden. Atomausstieg wäre ein Beispiel. Am nächsten Abstimmungssonntag, dem 17. Juni 2012, werden wir über die Kulturlandinitiative abstimmen. Wir sprechen wenig darüber. Das Anliegen kommt sympathisch daher; die Wirkung aber könnte übel sein. Wir sollten diese Abstimmung nicht unterschätzen.

RACHE WEGEN BEAMTENVERSICHERUNGSKASSE?

Zur Affäre Hildebrand

Staatsanwälte, Richter und weiteres Personal des Kantons sind in der Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich versichert, mit sehr guten Renten und grosszügigen Arbeitgeberbeiträgen, für die am Ende der Steuerzahler aufkommen muss. Private Versicherungskassen können nicht so leicht ihre Beiträge auf Dritte überwälzen.

er. Früher verloren Personen, die ihre Stelle wechselten, viel Geld an die Beamtenversicherungskasse. Doch mit den grossen, freien Stiftungsmitteln wurde unsorgfältig umgegangen und auch das Personal profitierte von vorübergehend grosszügigen Reduktionen bei den Beiträgen.

Nach zusätzlich unsauberem Finanzgebaren war nicht nur der grosse Überschuss verschwunden, sondern es ergaben sich Millionendefizite. Anstelle die Nutzniesser der damaligen Beitragsreduktionen, wie Staatsanwälte, Richter usw. ihre früheren Reduktionen nachzahlen zu lassen (wie es bei privaten Kassen der Fall ist), wurde die ganze Riesenschuld einfach auf die Steuerzahler überwälzt.

Willkommene Affäre Hildebrand

Nun hatte es aber eine Partei, die SVP, gewagt, diese trübe Affäre zur öffentlichen Diskussion zu stellen und die Überwälzung des ganzen Defizits auf die Steuerzahler zu hinterfragen. Beim hohen Personal des Kantons wurde dieses Hinterfragen als grosse Majestätsbeleidigung aufgefasst und es wurde krampfhaft nach Möglichkeiten gesucht, die SVP oder Exponenten dieser Partei bestrafen zu können. Da kam die Affäre Hildebrand gerade wie gewünscht.

Wenn jemand eine trübe Affäre entdeckt, dann hat er ein staatsbürgerlich gerechtfertigtes Interesse, dass möglichst viele der entscheidenden Leute von dieser Affäre etwas erfahren, damit für die Zukunft weitere derart verwerfliche Gebaren verhindert werden können.

Gewahrsamsbruch bereits vorher

Der Gewahrsam der Bank Sarasin an den Daten war schon längstens gebrochen und nun musste ein Transportmittel her, das die Beweise zu den massgebenden Personen und in die Öffentlichkeit transportieren könnte. Da Nationalrat Dr. Blocher prominent ist und über viele Kontakte verfügt, wurde er als geeignetes Transportmittel betrachtet.

Ohne die Aussicht, Dr. Blocher als Transportmittel zur Verbreitung in der Öffentlichkeit benutzen zu können, wären die Kontenauszüge von Dr. Hildebrand nie in das Haus von Dr. Blocher gebracht worden.

Grosse Gerüchteküche wäre gefährlich gewesen

Heute ist es so, dass die Staatsanwälte sich mehr mit der Frage beschäftigen, wie man die damaligen Aussagen der Beteiligten uminterpretieren kann, damit man Dr. Blocher ein Strafverfahren anhängen kann, um die SVP wegen ihrer ketzerischen Diskussion um die fragwürdige Sanierung der Beamtenversicherungskasse zu bestrafen. Das eigentliche Delikt bzw. der Gewahrsamsbruch ist dabei in den Hintergrund getreten. In anderen Strafrechtsordnungen lässt sich nur der Gewahrsamsbruch bestrafen und beispielsweise ein Dieb eines bereits gestohlenen Fahrzeuges muss in England umgehend frei gelassen werden. Die Politiker in Bundesbern können froh sein, dass Dr. Blocher mit den Kontenunterlagen zuerst zur Bundespräsidentin gegangen war. Hätte er zuerst als Parlamentarier eine dringende Interpellation eingereicht und etwas vage eine Abklärung gefordert, dann wären grosse Spekulationen ins Kraut geschossen, und die Kursfixierung des Schweizer Frankens hätte gefährdet sein können. Bei einem solchen Vorgehen wäre die parlamentarische Immunität von Dr. Blocher gewahrt gewesen, aber für die Schweizer Währungspolitik hätte dies in einer Katastrophe enden können. Die Glaubwürdigkeit der Währungspolitik der Schweizer Nationalbank wäre in Gefahr gewesen, wenn in Unkenntnis des Ausmasses spekulative Vermutungen über die Währungsspekulation des Ehepaares Hildebrand sich hochgeschaukelt hätten.

Faires Verfahren zweideutig

Bei diesem Rachedurst kann man sich fragen, ob bei den betreffenden Staatsanwälten und Richtern das Verfahren gegen Dr. Blocher in den richtigen Händen ist.

Wahrscheinlich hätte die Justiz sich mehr sorgen müssen, dass unabhängige Personen ein solches Verfahren durchführen müssten, also nicht von Personen, die im Schlamassel der Beamtenversicherungskasse einen Nutzen hatten wie reduzierte Prämien und jetzt die volle Deckung durch die Steuerzahler. Die Kantone können in solchen Situationen ausserordentliche Staatsanwälte und Richter einsetzen, die aus andern Kantonen stammen, wenn sie einen unparteiischen Ausgang wollen.

Einladung zur

Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Donnerstag, 10. Mai 2012, 19.30 Uhr, Restaurant Falken Wiedikon, Birmensdorferstrasse 150, 8003 Zürich, Tel. 044 463 55 25.

Traktanden

1. Begrüssung / Mitteilungen
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Parolenfassung zur folgenden städtischen Abstimmungsvorlage (Datum der Volksabstimmung noch nicht bekannt):
   - **Neue Platzgestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz, Erneuerung umliegende Strassen, Objektkredit**
     Kontradiktorische Diskussion:
     Ja-Standpunkt: Gemeinderätin Marianne Aubert (SP)
     Nein-Standpunkt: Gemeinderat Roland Scheck (SVP)
4. Parolenfassung zu den städtischen Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012:
   - **Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**
     Referent: Gemeinderat Kurt Hüssy (SVP)
   - **KMU-Artikel in der Gemeindeordnung: «Günstige Rahmenbedingungen und Beachtung der Regulierungsfolgen für die lokale Wirtschaft und die KMU» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu zwei Volksinitiativen)**
     Referent: Gemeinderat Theo Hauri (SVP)
5. Diverses

LESERBRIEF

Die Schweiz ist schon abgeschafft – Bauen wir Sie gemeinsam wieder auf

Während unsere Mitte-links-Regierung kräftig daran ist, die Resten der Schweiz zum Nulltarif zu verkaufen, werden einige wenige Stimmen laut, die erkannt haben, dass die Schweiz sich abschafft. Da muss man sich heute bereits fragen, ob es die Schweiz noch gibt. Die Werte der Schweiz, die uns den hier herrschenden Wohlstand beschert haben, gibt es schon lange nicht mehr. Der einfache Zusammenhang, dass unsere Unternehmen, egal in welcher Branche, den Wert der Schweiz mit Fleiss und Ausdauer erarbeiten und somit den Wohlstand für alle generieren, wird heute komplett verkannt. Ebenso, dass nur die freien Bürger dieses Landes zu bestimmen haben, was mit diesem Land geschehen soll. Unsere Vorväter haben dafür gekämpft, dass keine fremde Macht unser Land bestimmen soll. Unsere Regierung gibt dieses Gut leichtfertig und ohne Einsprachemöglichkeit der Bürger den fremden Mächten preis.

So schauen wir zu, wie von alten pubertierenden linken Utopisten die Idee propagiert wird, dass alle ohne zu arbeiten ein «Grundeinkommen» haben sollen. Ebenso werden die Köpfe der «freien Bürger» mit sozialistischen Ideen vollgestopft, bis diese gar nicht mehr wissen, was Recht ist.

Diese kranken Ideen wären in der Schweiz noch vor Jahren von allen als Spinnereien erkannt worden – heute geniessen solche Ideen eine hohe Akzeptanz, weit über die sozialistischen Kreise hinaus ins bürgerliche Lager hinein. Und so geht das in allen Bereichen: Unser Rechtsempfinden wird sukzessive umgepolt, so dass jeder hier weiss, dass die Gerichte über dem Volkswillen stehen, dass sozialistische «internationale» Verträge über dem nationalen Recht stehen, dass das Bankgeheimnis eine schlechte Sache ist und wir das sofort abschaffen müssen um wieder «gerecht» zu sein, dass man Reiche «eliminieren» muss und deren Geld in «Projekte» wie den «Grundlohn für alle» umverteilen muss.

Angesichts dieser langen, unvollständigen Liste erscheint es mir als dass es die Schweiz gar nicht mehr gebe. Die Liste der Dummheiten unserer wahnsinnigen Sozialisten kennt leider kein Ende. Hand aufs Herz, liebe Leser, sind Sie sicher, dass Sie diesen linken Verheissungen wirklich widerstehen und erkennen, dass Sie kein sogenanntes «konservatives asoziales Schwein» sind, wenn Sie sich lautstark gegen solche Dummheiten wehren?

Die einzige Partei, die noch fähig ist, die Werte zu verteidigen, die SVP, wird durch allerlei nebensächliches Polit-Geplänkel beschäftigt; lassen wir uns nicht einlullen und nicht auf Nebenkriegsschauplätze führen. Sprechen wir mit einer Stimme gegen diese Dummheiten. Fokussieren wir uns gemeinsam auf den Widerspruch gegen diese gefährlichen Dummheiten und bauen die Schweiz auf den erfolgreichen Werten wie Freiheit, Liberalismus, Neutralität, Eigenständigkeit, Fleiss und Engagement wieder auf, wobei ich hier den ursprünglichen Sinn der Worte meine und nicht den bereits von den Linken umgedeuteten Inhalt.

Johann Widmer, Zürich

Einladung zum öffentlichen Informationsabend

Montag, 21. Mai 2012

Evangelische Kirche Kilchberg (Parkplätze vorhanden)

19.30 Uhr Apéro - 20.00 Uhr Beginn

Christoph Mörgeli - Dr. Prof. Nationalrat SVP
Ulrich Schlüer - Dr. Alt-NR und Präsident Bildungskommission SVP Schweiz
Thomas Matter - Unternehmer SVP
Julia Gerber Rüegg - Kantonsrätin SP
Martin Arnold - Kantonsrat SVP
Sarah Bösch - Vorstand Kilchberg - Mitgl. Bildungskommission SVP Schweiz
Christian Besmer - Co-Präsident Elternlobby

Unabhängigkeit / Wirtschaftsstandort
Referat: Nationalrat Christoph Mörgeli

Abstimmung vom 17. Juni 2012

1. **Verkehrsabgabengesetz**
   Pro: Julia Gerber Rüegg
   Contra: Martin Arnold
2. **Freie Schulwahl**
   Pro: Christian Besmer
   Contra: Sarah Bösch

Die SVP des Bezirks Horgen heisst Sie herzlich willkommen zu dieser spannenden Podiumsdisskusion

SVP Die Partei des Mittelstandes

WUCHEMÄRT
WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Bürdeli (Reisigwellen) ab Waldstr., Stück Fr. 6.–, eventuell Hauslieferung, Tel. 052 336 14 77.

Landwirtschaftlicher Motorwagen Rapid MT 200, Jg. 2000, 19,80 kW, 566 h. Mit Frontmähwerk. Tel. 052 315 17 71.

Kreiselheuer Claas 540 mit Schwenkbock. Tel. 079 692 79 62.

Boot zu verkaufen! Cranchi Turchese 24, Jg. 1994, 7 Pers. Mit Wasserski und allem Zubehör ab MFK. Mit Bootsplatz in Küssnacht am Rigi. Fr. 59000.–. Telefon 044 761 87 00.

ZU VERSCHENKEN

Bett/Bettzeugtruhe 200/120/52, Lättlirost, fast neue, gute Matratze. Telefon 044 825 65 07.

DIENSTLEISTUNGEN

Wohnungs-Räumung, Entsorgungen, Reinigung mit Abgabegarantie, prompt und zuverlässig. CH-Firma. Tel. 055 212 40 20.

Suche Teilzeitjob als Raumpflegerin, Hausangestellte, waschen und bügeln, bin auf ÖV angewiesen. Tel. 079 617 24 53.

Fleischgewinnung Schlachtung (in Hinwil) ausbeinen, herrichten der Fleischstücke zum Tiefkühlen oder Verkauf ab Hof. Freie Termine ab 7. Mai. Interessiert? Tel. 055 245 13 24.

FREIZEITKONTAKT

Happy Hour – der ganz private Apéro für anspruchsvolle Singles –50+ J. In einem zwanglosen Rahmen finden Sie Geselligkeit, Freunde, die passende Partnerin – ein Besuch lohnt sich! Telefon 044 810 89 89, www.attikatreff.ch

SVP-NETZWERK

Singen macht glücklich und frei! Gesangslehrerin in Zürich hilft! Telefon 044 201 64 06, S. Peter, Mobil 079 205 50 60.

Wir kaufen

Mehrfamilienhäuser, Abbruchobjekte, Bauland und Villen

Angebote an: Konrad Gadient, Postfach 311, 8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80,
konrad.gadient@bluewin.ch

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen

Pneuhaus Schaufelberger
Fabrikstrasse 3, 8340 Hinwil
044 937 43 91

Alois Dähler
Landwirt
Liegenschaften-vermittlung

Liegenschaftenvermittlung
für Landw. Liegenschaften, Bauernhäuser und Landw. Betriebsaufteilungen

Ihr Spezialist

Gedenken Sie Ihren Hof zu veräussern.
Ihr Hof wird **gut** und **korrekt** verkauft.
Meine ersten Beratungen stehen Ihnen **unverbindlich** und **kostenlos** zur Verfügung.
Diskretion 1. Priorität

Alois Dähler
Liegenschaftenvermittlung GmbH
Eichhof
8558 Helsighausen Thg.
Tel. 052 762 74 74
Fax 052 762 74 70
alois.daehler@gmail.ch

print-ad kretz gmbh
Telefon 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.

2012 3% Rückvergütung Ristourne Ristorno

Mit der Ackerbau-Pauschalversicherung sind Ihre Kulturen und Ihr Kulturland immer gut versichert – gegen Hagel und andere Naturgefahren.

Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch

Schweizer Hagel
Suisse Grêle
Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt.

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt.

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen _____ mal

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Einsenden an **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Kulturlandinitiative
Öffentliche Veranstaltung

Donnerstag 10. Mai 2012 20 Uhr

Moderation:
Christian Brändli, stv. Chefredaktor Zürcher Oberländer

Auf dem Podium:
Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton Zürich, Initiativkomitee Kulturlandinitiative, Hinwil
Ruth Frei-Baumann, Kantonsrätin SVP, Bäuerin, Ried-Gibswil/Wald
Max Homberger, Kantonsrat Grüne, Kleinst-Agrarier, mag. iur., Wetzikon
Hans-Heinrich Heusser, Kantonsrat SVP, Meisterlandwirt, Seegräben

Restaurant Löwen
Dorfstrasse 22
8630 Rüti

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes
GRÜNE

Besuchen Sie unsere neue Homepage

www.frauen-svp-stadt-zuerich.ch

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
044 822 26 11.

Eine „verstrahlte" Zukunft dank Tiefenlager im Opalinuston?

Am
Mittwoch, **9.Mai 2012, 19.30 Uhr** findet im **reformierten Kirchgemeindehaus** in **Obersteinmaur**

eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Tiefenlager" nördlich der Lägern statt. Sie erhalten zu folgenden Themen Informationen:

Rolle der Regionalkonferenz	Samuel Ramseyer
Evaluation der Standorte	Dr. Markus Fritschi, NAGRA
Oberflächenanlage	Dr. Markus Fritschi, NAGRA
Sicherheit	Dr. Felix Altdorfer ENSI
Rolle des Kantons	Dr. Thomas Flüeler, Beauftragter BD

Im Anschluss an den informativen Teilen haben Sie die Gelegenheit im Rahmen eines Apéro, mit den Referenten in direkten Kontakt zu kommen und Fragen rund um die Entsorgung radioaktiver Abfälle zu diskutieren. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
SVP Bezirk Dielsdorf
SVP Sektion Steinmaur
Forum VERA

Schweizer Qualität SVP

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

19. Zürcher Ratsherren-Schiessen
Montag, 16. Juli 2012, im Bezirk Pfäffikon.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 7. Mai 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Blume (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Alt Kantonsratsmitglieder
Dienstag, 8. Mai 2012, Restaurant Freihof, Poststrasse 28, Richterswil, Jahrestreffen der Altmitglieder des Kantons-, Regierungs-, National-, Stände- und Bundesrates des Kantons Zürich. Programm: Treffen um 10.20 Uhr auf dem Kursschiff Bürkliplatz, ab 10.30 Uhr Kaffee und Gipfel oder 12.00 Uhr Restaurant Freihof, Richterswil. Noch nicht angemeldete Altmitglieder melden sich bis spätestens Sonntagabend, 7. Mai 2012, unter Telefon 044 740 32 66 oder 079 365 12 66 bei Hans Wiederkehr, an.

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 4. Juni 2012, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Ottenbach
Donnerstag, 10. Mai 2012, 20.00 Uhr, im Chilehus, Ottenbach, Generalversammlung. Auch interessierte Nichtmitglieder sind willkommen.

Bezirk Dielsdorf / Boppelsen
Samstag, 5. Mai 2012, ab 18.30 Uhr, Mehrzweckraum Hinterdorf, Boppelsen, Lotto-Abend. Die SVP Boppelsen lädt die Bevölkerung von Boppelsen herzlich zu dem beliebten Lotto-Abend ein. Es wird wie immer, neben schönen Preisen, auch eine spezielle Kinderrunde und Verliererrunde geben. Für das leibliche Wohl wird ebenfalls gesorgt sein. Einem gemütlichen Abend steht nichts im Weg.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 12. Mai 2012, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 13. Politstamm zum Thema «FLIR / Super Puma», im Dienst der Bevölkerung. Als Referent anwesend ist Kantonsrat und Oberstleutnant Christian Lucek.

Bezirk Dielsdorf, Steinmaur und Forum VERA
Mittwoch, 9. Mai 2012, 19.30 Uhr, im reformierten Kirchgemeindehaus, Obersteinmaur, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Tiefenlager». Sie erhalten zu folgenden Themen Informationen:
- Rolle der Regionalkonferenz
  Samuel Ramseyer
- Evaluation der Standorte
  Dr. Markus Fritschi, NAGRA
- Oberflächenanlage
  Dr. Markus Fritschi, NAGRA
- Sicherheit
  Dr. Felix Altdorfer, ENSI
  Rolle des Kantons
  Thomas Flüeler, Beauftragter BD

Im Anschluss an den informativen Teil, haben Sie die Gelegenheit, im Rahmen eines Apéros mit den Referenten in direkten Kontakt zu kommen und Fragen rund um die Entsorgung radioaktiver Abfälle zu diskutieren.

Bezirk Dietikon / Oetwil a.d.L.
Donnerstag, 10. Mai 2012, ab 18.30 Uhr, Restaurant La Punta Oetwil a.d.L., Frühlings-Höck.

Bezirk Hinwil, SVP und Grüne
Donnerstag, 10. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dorfstrasse 22, Rüti, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Kulturlandinitiative». Auf dem Podium: Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton Zürich, Initiativkomitee Kulturlandinitiative, Hinwil; Ruth Frei-Baumann, Kantonsrätin SVP, Bäuerin, Ried-Gibswil/Wald; Max Homberger, Kantonsrat Grüne, Kleinst-Agrarier, mag. iur., Wetzikon; Hans-Heinrich Heusser, Kantonsrat SVP, Meisterlandwirt, Seegräben. Moderation: Christian Brändli, stv. Chefredaktor Zürcher Oberländer.

Bezirk Horgen
Montag, 21. Mai 2012, 19.30 Uhr (Apéro), 20.00 Uhr Beginn, Evangelische Kirche Kilchberg (Parkplätze vorhanden), öffentlicher Informationsabend zum Thema Unabhängigkeit / Wirtschaftsstandort mit Christoph Mörgeli – Prof. Dr., Nationalrat SVP. Weitere Anwesende: Ulrich Schlüer – Dr. alt NR und Präsident Bildungskommission SVP Schweiz; Thomas Matter – Unternehmer SVP; Julia Gerber Rüegg – Kantonsrätin SP; Martin Arnold – Kantonsrat SVP; Sarah Bösch - Vorstand Kilchberg – Mitgl. Bildungskommission SVP Schweiz und Christian Besmer – Co-Präsident Elternlobby.

Bezirk Meilen
Dienstag, 8. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Seestrasse 117, Uetikon am See, öffentliche Veranstaltung «Bürger fragen – Kantonsräte antworten» mit Claudio Zanetti, Theres Weber-Gachnang, Gregor Rutz und Hans-Peter Amrein. Moderation: Leo Roos. Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss offeriert.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Samstag, 16. Juni 2012, 7.45–20.00 Uhr, Jahresausflug der SVP Küsnacht; Programm: 7.45 Uhr, Abfahrt Gemeindehaus Küsnacht mit Car; 8.00 Uhr, Abfahrt Limberg; 8.10 Uhr, Abfahrt Parkplatz Kaltenstein; 9.52 Uhr, Abfahrt Ermatingen mit Rheinschiff (Mittagessen: Schweinsbraten mit Teigwaren und Gemüse); Anschliessend mit Car von Schaffhausen nach Blumberg; 14.05–15.10 Uhr, Fahrt mit Sauschwänzlebahn Blumberg–Weizen; Zvieri in Trasadingen, Winzerbrättli in Besenbeiz; zwischen 19 und 20 Uhr, Rückkehr nach Küsnacht; Preise pro Person ohne Getränk: Fr. 125.– (ohne Halbtax), Fr. 110.– (mit Halbtax), Fr. 95.– (mit GA); Anmeldungen bis Montag, 14. Mai 2012, mit Talon und Einzahlungsschein an Peter Egli, Limberg 18, 8127 Forch oder per E-Mail an egli.limberg18@sunrise.ch

Bezirk Pfäffikon, SVP und Grüne
Dienstag, 8. Mai 2012, 20.00 Uhr, Saal der Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31, Pfäffikon ZH, Podiumsveranstaltung über die «Kulturlandinitiative» mit Bastien Girod, Nationalrat Grüne, pro, und Stefan Krebs, Kantonsrat SVP, kontra. Gesprächsleiter: Christian Brändli, Chefredaktor-Stv. «Zürcher Oberländer».

Bezirk Uster / Egg
Freitag, 4. Mai 2012 bis Sonntag, 6. Mai 2012, führt die SVP Egg an der Egger Gewerbeausstellung EGA 2012 einen kleinen Werbestand (Nr. 18). Wir laden Sie herzlich zu einem Besuch ein. Weitere Infos finden Sie unter www.svp-egg.ch oder www.gewerbe-egg.ch.

Stadt Winterthur
Donnerstag, 10. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Rösslistrasse 7, Winterthur Seen, Parteiversammlung.

Stadt Zürich
Donnerstag, 10. Mai 2012, 19.30 Uhr, Restaurant Falken Wiedikon, Birmensdorferstrasse 150, Zürich, Delegiertenversammlung.
Dienstag, 5. Juni 2012, 19.30 Uhr, Restaurant Blue Monkey (ehem. Königsstuhl), Stüssihofstatt 3, Zürich, Generalversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Samstag, 19. Mai 2012, 10.00–12.00 Uhr, Witikon, Standaktion zu den Abstimmungen vom 17. Juni 2012. Weitere Standaktionen (jeweils am Samstag, von 10.00 bis 12.00 Uhr): 26. Mai 2012 Kreuzplatz; 2. Juni 2012 Höschgasse; 9. Juni 2012 Witikon.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 19. Mai 2012, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Donnerstag, 24. Mai 2012, ab 19.30 Uhr, «Abstimmungshöck» zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012. Genaue Angaben folgen.

Samstag, 26. Mai 2012, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Samstag, 2. Juni 2012, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Samstag, 9. Juni 2012, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Bezirk Meilen
Mittwoch, 23. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Arcade, im Zentrum 14, Hombrechtikon, Podiumsgespräch zur Initiative «Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse». Pro: Clarita Kunz, Heilpädagogin, elternlobby Zürich; Contra: Kantonsrat Hans-Peter Amrein, SVP Küsnacht. Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss und Umtrunk offeriert.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 4. Mai 2012, 18.45 Uhr, Au Premier, Hauptbahnhof, Zürich, 20. Jubiläums-Generalversammlung. Um 20.00 Uhr wird sich alt Bundesrat und Nationalrat Dr. Christoph Blocher an die Versammlung richten. Organisation: Unternehmer-Vereinigung gegen den EU-Beitritt.

Sonntag, 6. Mai 2012, 18.25 Uhr (Wiederholung immer nach einer Stunde), TeleZüri, SonnTalk, u.a. mit Nationalrat Hans Fehr.

Dienstag, 8. Mai 2012, 19.30 Uhr, Konzertsaal, Solothurn, Pro-Referat zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» von Nationalrat Hans Fehr. Contra: Nationalrat Kurt Fluri, FDP/SO, im Rahmen der Delegiertenversammlung der FDP Kanton Solothurn. Anschliessend Diskussion und Parolenfassung.

Freitag, 11. Mai 2012, Wirtschaft Brandenberg, Allmendstrasse 3, Zug, Jubiläumsfeier «20 Jahre SVP Stadt Zug» mit Ehrengast und Referent Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher VBS.
18.00 Uhr
- Türöffnung und Begrüssungs-Apéro sowie musikalische Umrahmung mit Hans Arnold, Cham.

19.00 Uhr
- Offizielle Begrüssung: Manfred Pircher, Präsident SVP Stadt Zug, Fraktionschef im GGR Zug, Gründungsmitglied.
- Grusswort des SVP-Kantonalpräsidenten Dr. Manuel Brandenberg, Kantonsrat, Zug.
- Anschliessend «20 Jahre SVP Stadt Zug, ein Rückblick» mit Dr. Hans Durrer, Ehrenpräsident SVP Stadt Zug, Gründungspräsident.
  Moderation: Theo Biedermann.
- Festansprache von Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher VBS.
- Anschliessend Damen-Alphorntrio «Männertreu», Morgarten.

Freitag, 11. Mai 2012, 18.00 Uhr, Hauptbahnhof Zürich, Restaurant «Au Premier, Les Trouvailles», Generalversammlung (18.00 bis zirka 18.45 Uhr). Anschliessend wird ein Apéro serviert. Ab 19.15 bis 20.30 Uhr: Referat mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz zum Thema «Die Aufgabe der SVP in der schweizerischen Politlandschaft». Organisation: Komitee selbstbewusste freie Schweiz (www.selbstbewusstundfrei.ch / info@selbstbewusstundfrei.ch).

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Mittwoch, 23. Mai 2012, 19.00 Uhr, Restaurant Au, Höri, öffentliches Streitgespräch zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» mit Nationalrat Hans Fehr (pro) und Nationalrätin Kathy Riklin, CVP (contra). Anschliessend Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Bülach.

Mittwoch, 23. Mai 2012, 20.15 Uhr, Restaurant Au, Höri, Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Bülach, u.a. mit Kurzreferaten von Nationalrat Hans Fehr zu den eidg. Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni; anschliessend Parolenfassung, ebenso zu den kantonalen Vorlagen.

Dienstag, 5. Juni 2012, 20.15 Uhr, Restaurant Freihof, Hinwil, Streitgespräch zwischen Nationalrat Hans Fehr und Nationalrat Balthasar Glättli, Grüne/ZH, zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk». Moderation: Silvio Seiler, PR-Berater, Uster. Anschliessend Podium zum Verkehrsabgabengesetz mit den Kantonsräten Max Homberger und Hans-Heinrich Raths. Veranstalterin: SVP Bezirk Hinwil.

Donnerstag, 7. Juni 2012, 14.30 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich-Witikon, Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Stopp den Angriffen auf unsere Volksrechte und die Neutralität». Veranstalter: Verein für aktive Senioren.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 20. Mai 2012, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 24. Juni 2012, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Höcks
Dienstag, 8. Mai 2012, 19.30 Uhr, **1. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 7. Juni 2012, 19.30 Uhr, **2. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 12. Oktober 2012, Jahresschlusstreffen. Weitere Angaben folgen.

Sommerreise
Freitag, 3. August bis Sonntag, 5. August 2012, Sommerreise. Nähere Angaben folgen.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 7. Juni 2012, 14.30 Uhr, Restaurant Elefant Zürich-Witikon, Generalversammlung. Anschliessend Vortrag von Nationalrat Hans Fehr, Eglisau: «Stopp den Angriffen auf unsere Volksrechte und die Neutralität», mit Hinweis auf die Neutralitätsinitiative und Staatsvertragsinitiative. Gäste willkommen!